

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Reinhard Houben, Michael Theurer, Thomas L. Kemmerich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/8969 –

Horizonte erweitern – Den Weltraum für die deutsche Wirtschaft erschließen

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Katja Suding, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/11232 –

New Space für die deutsche Raumfahrt

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Reinhard Houben, Michael Theurer, Thomas L. Kemmerich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/15056 –

Horizonte erweitern – Tempo für die Raumfahrt

A. Problem

Zu den Buchstaben a bis c

Aufforderung an die Bundesregierung, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die kommerzielle Nutzung des Weltraums zu schaffen. Aufforderung an die Bundesregierung, die deutsche und europäische Raumfahrtindustrie durch eine effektive Förderung voranzutreiben.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrages auf Drucksache 19/8969 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrages auf Drucksache 19/11232 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrages auf Drucksache 19/15056 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a bis c

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Zu den Buchstaben a bis c

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/8969 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/11232 abzulehnen;
- c) Den Antrag auf Drucksache 19/15065 abzulehnen.

Berlin, den 11. Dezember 2019

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Dr. Heiko Heßenkemper
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Heiko Heßenkemper

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 19/8969** wurde in der 107. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Juni 2019 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Beratung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/11232** wurde in der 112. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. September 2019 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Antrag auf **Drucksache 19/15056** wurde in der 127. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. November 2019 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der FDP fordert die Bundesregierung dazu auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen,

- in dem sämtliche gesetzlichen und haftungsrelevanten Fragen der Raumfahrt, insbesondere für den Weltraumbergbau, für die Bundesrepublik Deutschland geregelt werden;
- die Rechts- und Investitionssicherheit der Raumfahrt-Wirtschaft sichergestellt wird;
- alle relevanten Gruppen und Institutionen mit einem berechtigten Interesse in den Prozess miteinzubeziehen; sowie sich nach der Einführung eines Weltraumgesetzes auf EU-Ebene und international für eine einheitliche Regelung zum Weltraumbergbau einzusetzen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion der FDP fordert die Bundesregierung im Rahmen der zu Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,

- sich für die technische Entwicklung einer europäischen bemannten Raumfahrt einzusetzen;
- bei der Vergabe von staatlichen oder europäischen Raumfahrtufträgen an die heimische Industrie den volkswirtschaftlichen Nutzen Deutschlands noch stärker zu berücksichtigen;
- den Anteil von KMU an der Raumfahrtförderung des Bundes zur Stärkung seiner industriellen Raumfahrtstrukturen zu erhöhen;
- eine sinnvolle, langfristige, den Raumfahrtzyklen entsprechende Finanzierung zu ermöglichen;
- die Entwicklung eines eigenen Experimentiersatelliten zu unterstützen, dem entstehenden Weltraummüll vorzubeugen, die vorhandenen Raumfahrt-Cluster zu Innovations-Campi auszubauen
- sowie die Grundlagenforschung und angewandte Forschung in Reallaboren oder Testfeldern in Bezug auf die bemannte Raumfahrt sowie für zukünftige Langzeitmissionen zu unterstützen.

Zu Buchstabe c

Die Fraktion der FDP fordert die Bundesregierung dazu auf, ein Gesetzentwurf vorzulegen, welcher folgende Punkte enthält:

- eine Kompetenzbündelung beim Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum und Einführung eines Raumfahrt-Index;
- die Berücksichtigung von Sicherheit und Umwelt und Vermeidung von Weltraumschrott;
- der Haftung & Versicherungspflicht regelt;
- gemeinsam mit institutionellen Investoren einen „New Space Fonds“ (Venture Capital Fonds) einzurichten;
- einen jährlichen nationalen „New Space Gipfel“ zu initiieren, der Raumfahrtindustrie, – Start-Ups sowie – Akteure zusammenbringt;
- die Raumfahrtstrategie aus dem Jahre 2010 zu erweitern und den aktuellen Entwicklungen in der internationalen Raumfahrt anzupassen;
- die Exportgenehmigungen für Raumfahrtunternehmen und deren Produkte zu vereinfachen und Überprüfungszeiten zu verkürzen;
- sich für eine präferentielle Vergabe von Startdienstleistungen für nationale institutionelle Raumfahrtmissionen an europäische Anbieter einzusetzen,
- sowie bei der ESA-Ministerratskonferenz am 27. und 28. November weitere Programme zu unterstützen, die strategisch auf KMU und Start-Ups der Raumfahrtwirtschaft ausgerichtet sind sowie sich für die Einrichtung eines „ESA New Space Fonds“ einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/11232 in seiner 37. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/15056 in seiner 37. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 19/11232 in seiner 58. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a bis c

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat die Anträge auf Drucksachen 19/8969, 19/11232 und 19/15056 in seiner 54. Sitzung am 11. Dezember 2019 abschließend beraten.

Die **Fraktion der FDP** schickte voraus, die Bundesregierung habe bereits einige Punkte der vorliegenden Anträge aufgegriffen. Allerdings sei zu kritisieren, dass die Bundesregierung bisher noch kein Weltraumgesetz vorgelegt

habe, obwohl dieses im Koalitionsvertrag vereinbart worden sei. Andere EU Mitgliedstaaten hätten bereits die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen oder befänden sich in der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes. Unternehmen im Bereich der Weltraumtechnologie überdächten bereits den Standort Deutschland, da ihnen entsprechende Investitionssicherheiten fehlten. Die Bundesregierung werde deshalb aufgefordert, so schnell wie möglich ein Weltraumgesetz vorzulegen, um Rechtssicherheit für die deutsche Wirtschaft zu schaffen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** würdigte die kontinuierliche Zusammenarbeit der Koalition mit der Bundesregierung beim Thema Raumfahrt. Diese gute Zusammenarbeit habe dazu beigetragen, dass die notwendigen hohen Investitionen von der Bevölkerung akzeptiert würden. Der Leitantrag, den die Koalitionsfraktionen im Plenum eingebracht hätten, behandle sehr intensiv die Bereiche Sicherheit und europäischer Zugang im und zum Weltraum. Der Leitantrag schlage vor, den Weltraum sowohl für etablierte Unternehmen als auch für kleine und mittelständische Unternehmen und Start-Ups zu öffnen. Das Weltraumgesetz befinde sich im Übrigen bereits in der Ausarbeitung.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass die starke Entwicklung der deutschen Raumfahrt auf die gute parlamentarische Arbeit und den gemeinsamen Leitantrag zurückzuführen sei. Der Leitantrag sei eine Stütze im Vorfeld der ESA-Ministerratskonferenz gewesen und habe dazu beigetragen, die Zweifel des Bundesministeriums der Finanzen auszuräumen. Die Weiterentwicklung der ARIANE 6 sei eine gute Entscheidung. Die deutschen Starts würden institutionell abgesichert, so dass eine gewisse Mindestauslastung garantiert werde. Die Fraktion begrüße die stärkere Fokussierung auf die Erdbeobachtung, so dass nun die Folgen des Klimawandels deutlich dokumentiert und den Zweiflern endgültige Beweise vorgelegt werden könnten. Die Beteiligung der kleinen und mittelständischen Unternehmen bei der Erkundung des Weltraumes werde sehr positiv gesehen.

Die **Fraktion der AfD** bezeichnete den Multilateralismus in der Raumfahrt als sinnvoll. Wenn die deutsche Raumfahrt allerdings international eine Rolle spielen wolle, müsse die Bundesregierung tatsächlich auf Augenhöhe agieren und die deutsche Raumfahrtindustrie stärken. Die Anträge der FDP übernahmen größtenteils die Forderungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. (BDI) für den Weltraumbergbau. Die Fraktion der AfD unterstütze einzelne Punkte wie die Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die zielgerichtete Forschung und Entwicklung. Dagegen werde die Verkomplizierung des Förderungsapparats abgelehnt.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erläuterte, dass der wesentliche Charakter der Raumfahrt erkannt werden müsse. Es sei sinnvoll, eine eigene europäische Rakete zu haben und diese auch zu nutzen. Zu den Anträgen der FDP führte sie aus, dass deren Kernanliegen in der privaten Erschließung des Weltraums lägen. Die Fraktion DIE LINKE. bezweifle, ob dies im Interesse der Menschen liege. Die Nutzung des Weltraums als Rohstoffquelle stehe noch in weiter Ferne. Ob sich der Aufwand in dem Bereich lohne, sei ungewiss. Das Anliegen, die Besiedelung anderer Planeten durch den Menschen voranzutreiben, sehe sie skeptisch. Dagegen sei es sinnvoller, den Fokus auf die Erde zu legen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkte an, dass das Thema Raumfahrt in Vergleich zu den letzten Jahren einen neuen Stellenwert bekommen habe, wie beispielweise die Investitionen bei der Erdbeobachtung in Höhe von 721 Millionen Euro zeigten. Die ARIANE 6 werde als industriepolitisch sinnvoll erachtet; die Kosten- und Wettbewerbsfrage könne jedoch erst in der Zukunft beantwortet werden. Das Thema Weltraumschrott sei ebenfalls anzugehen, immer mehr Material werde in den Weltraum befördert, freie Umlaufbahnen würden immer knapper. Die Forschung zur Asteroidenabwehr sei sinnvoll, die Möglichkeit eines Einschlages bestehe durchaus. Das Thema „New Space“ habe die Fraktion auch behandelt, allerdings sei die einseitige Ausrichtung auf große Unternehmen zu hinterfragen. Eine Öffnung des Weltraummarktes für kleine und mittelständische Unternehmen sowie für innovative Start-Ups sei wichtig. Was die Frage des Weltraumbergbaus betreffe, so müsse der Energieverbrauch berücksichtigt werden. Notwendig sei ein globales „level-playing-field“, das allerdings Bezüge zur Kreislaufwirtschaft und zu örtlich anwendbaren Technologien herstellen müsse.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/8969 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/11232 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE, gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/15056 zu empfehlen.

Berlin, den 11. Dezember 2019

Dr. Heiko Heßenkemper
Berichtersteller

